

„Bestimmten Typen die Einreise verwehren“

DDR-Informationspolitik und Devisenprostitution in Ost-Berlin 1978

Thomas Weißbach

Nach offizieller marxistisch-leninistischer Lesart gehörte Prostitution in der DDR zu denjenigen Übeln, die mit der Beseitigung ihrer sozioökonomischen Ursachen, nämlich der Überwindung des Missverhältnisses zwischen allgemeiner Produktivität und Eigentum an Produktionsmitteln, letztlich also der Einführung des Sozialismus, verschwunden waren. Dass sie während des gesamten Zeitraums der Existenz der DDR trotzdem vorhanden war, konnte sich daher nur in geheimen, streng vertraulichen Studien und Analysen von Forschungsinstituten, Behörden und Sicherheitsorganen niederschlagen. Zeitungen und Massenmedien erwähnten das heikle Thema dagegen nur äußerst selten, und auch dann lediglich in Form von Einzelfallberichten, zum Beispiel über Gerichtsprozesse.¹ Noch weniger präsent waren Berichte über Erscheinungsformen der Prostitution, bei denen der allgegenwärtige Ost-West-Gegensatz, besonders das Wertgefälle zwischen der Mark der DDR und westlichen Währungen, involviert war. In der medialen Öffentlichkeit unterlag Prostitution als Phänomen, zumal in der oben genannten Sonderform, damit einem ähnlichen Tabu wie Intershopläden (samt der Existenz des berüchtigten „doppelten Währungssystems“), Devisenhôtels mit keinem oder nur eingeschränktem Zugang für DDR-Bürger sowie das Vorliegen von Westverwandtschaft als Ausschlusskriterium für bestimmte Tätigkeiten und Aktivitäten (zum Beispiel die Teilnahme an Jugendtourist-Reisen in bestimmte - vor allem kapitalistische - Länder oder die Stationierung an der innerdeutschen Grenze während des Wehrdienstes). Da es sich dabei um gravierende Schwachstellen des Gesellschafts- bzw. Wirtschaftssystems der DDR handelte, mussten entsprechende Meldungen in bundesdeutschen bzw. Medien anderer westlicher Länder, die über diese und ähnliche Erscheinungen vergleichsweise offen berichteten, massive und ablehnende Reaktionen von DDR-Medien hervorrufen.

Zu einem solchen deutsch-deutschen Pressekrieg kam es Anfang August 1978, als mehrere DDR-Zeitungen, darunter auch das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* in Reaktion auf verschiedene Berichte bundesdeutscher Medien einen polemischen Leitartikel mit dem Titel „Springer geht auf den Strich“ veröffentlichten.

Die Berichte der Westzeitungen wurden zitiert und als „Spiegelbild des Lebens in einer verrottenden, dahinsiechenden Stadt“ bezeichnet. Eine Meldung der Springer-Zeitung *Bild* hatte die DDR-Journalisten dabei ganz besonders verärgert: Unter der Überschrift „Für harte D-Mark: Heißer Sex am Alex“ berichtete das Blatt über den angeblichen Sex-Tourismus übersättigter West-Berliner Bürger in die Hauptstadt der DDR.² Hervorgehoben wurden dabei die vergleichsweise günstigen „Preise“ – bereits kleinere Dinge westlicher Provenienz und Intershop-Güter seien ausreichend. Außerdem nannte der – in typischem *Bild*-Stil gehaltene – Artikel Namen konkreter einschlägiger Lokale und Gaststätten in Ost-Berlin – darunter auch solche, die in der DDR-Hauptstadt zur Spitzenklasse gehörten. Die Autoren des DDR-Leitartikels bezeichneten diese Meldungen als „geschmacklose Beleidigung der Berliner, insbesondere der Frauen in

¹ Falck, Uta: VEB Bordell: Geschichte der Prostitution in der DDR. Berlin 2012, S.104 ff..

² „Für harte D-Mark: Heißer Sex am Alex. Immer mehr liebeshungrige West-Berliner fahren deshalb nach drüben“. In: „Bild“-Berlin vom 7. August 1978, S. 3.

der Hauptstadt der DDR”, sowie als “Sudeleien”, und versuchten, ihrerseits die negativen Zustände in der “sterbende[n] Stadt” West-Berlin herauszustellen.³ Dazu zitierten sie unter anderem aus Kontaktanzeigen von West-Berliner Zeitungen, bezeichneten es als “deutsche Stadt mit den meisten Rauschgifttoten”, die auch bei den Gewaltverbrechen einen Spitzenplatz belege und sprachen vom “große[n] Sumpf des Lasters rund um den Kudamm”.⁴ Anschließend äußerten sie implizit den Wunsch nach einer nachdrücklichen Reaktion der DDR-Behörden “auf die von Springer präsentierte neueste Variante der Hetze gegen die DDR” und empfahlen eine Überprüfung der als “sehr großzügig” bezeichneten Genehmigungspraxis der DDR-Behörden für Besucher aus West-Berlin, eine stärkere Kontrolle des Umtauschs frei konvertierbarer Währungen” sowie eine Reihe weiterer Maßnahmen.⁵ Gewährleistet werden sollte dabei, “daß generell die Mark der DDR als einziges Zahlungsmittel gilt und daß es nur Ausländern – dazu gehören die Westberliner und die BRD-Bürger - gestattet ist, in den Intershops einzukaufen.”⁶ Außerdem sollten West-Berliner nur noch im Falle von Verwandtenbesuchen sowie “aus humanitären, familiären, religiösen oder touristischen Gründen” in die DDR einreisen dürfen.⁷ “Im übrigen”, so schloss der Artikel säuerlich, “sollte man bestimmten Typen, die keine Verwandten besuchen, sondern nur ein billiges Wochenende in der DDR verleben wollen, die Einreise verwehren ...”.⁸

Die Art der Reaktion zeigte, dass auch die DDR-Journalisten die Existenz des Phänomens nicht völlig leugnen konnten, die Ausführungen zum Währungsumtausch konnten im Gegenteil sogar als unterschwellige Kritik an der geltenden Praxis der Visaerteilung bzw. des Geldumtauschs der DDR-Regierung verstanden werden. In bundesdeutschen Kreisen zirkulierte denn auch schnell der Verdacht, die DDR-Propaganda habe die Springer-Meldungen vorsätzlich aufgebauscht, was auf kurz bevorstehende restriktivere Maßnahmen der Behörden hindeute.⁹ Auf jeden Fall waren den DDR-Sicherheitsbehörden entsprechende Vorgänge durchaus bekannt. In den Akten der Jahn-Behörde finden sich mehrere interne Schreiben bzw. Berichte der Berliner Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit, die offensichtlich ebenfalls als Reaktion auf die Springer-Pressemeldungen erstellt wurden und auf gewisse Erscheinungen in der DDR-Hauptstadt Bezug nahmen. Sie zeigen, dass diese Vorgänge von MfS-Seite durchaus als Problem erkannt und aufgefasst wurden: Besonders der Alexanderplatz, bereits vor dem Zweiten Weltkrieg eine bekannte, von Alfred Döblin verewigte Rotlichtmeile, rückte dabei in den Blickpunkt der geheimdienstlichen Aufmerksamkeit: Besonders in einem Bereich zwischen Berolinahaus, Centrum-Warenhaus und Interhotel Stadt Berlin sowie am Fernsehturm und in Teilen der Rathausstraße hätten sich, so eine MfS- Information vom August 1978, “Konzentrationspunkte von Ausländern” entwickelt, die aus West-Berlin mit dem Ziel anreisten, “Intimbeziehungen zu weiblichen Personen aus der DDR aufzunehmen”.¹⁰ Bei den entsprechenden DDR-Bürgerinnen handele es sich hauptsächlich um Personen zwischen 16 und 35 Jahren, die über eine nur geringe Qualifikation verfügten und denen es hauptsächlich darum gehe, “durch sexuelle Beziehungen in den Besitz westlicher Währungen bzw. Produkte zu kommen”.¹¹ Als weitere “Konzentrationspunkte von

3 “Springer geht auf den Strich”. In: “Neues Deutschland” vom 8. August 1978, S. 2.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 Ebd.

7 Ebd.

8 Ebd.

9 “Es zieht sich zu”. In: “Der Spiegel”, Nr. 33/1978, S. 30 f..

10 Information der BVfS Berlin vom 15.08.1978. In: BStU MfS-ZKG 17098, S. 328.

11 Ebd.

Kontaktaufnahmen” nannte die Information die Cafés und Gaststätten “Rendezvous”, “Moskau”, “Warschau”, “Lindencorso”, “Pinguin-Bar” sowie den “Gaststättenkomplex am Fernsehturm”.¹² Interessanterweise handelte es sich dabei zum Teil genau um jene Lokale, die im einschlägigen *Bild*- Artikel als “Geheimtipps” für “Liebe rund um den Alex” genannt worden waren.¹³ Neben der “Anknüpfung intimer Kontakte”, so die MfS-Information, würden diese Lokalitäten auch für die Anbahnung von “Spekulationsgeschäften” sowie “illegale[n] Geldumtauschs” genutzt.¹⁴ Dazu würden von Seiten der beteiligten DDR-Bürger und – vor allem – Bürgerinnen “Erkennungszeichen” zur Signalisierung von Kontaktbereitschaft verwendet. Wie das MfS feststellte, war diese “Technik” geradezu zu einem System entwickelt worden.¹⁵ Stichproben ergaben außerdem, dass etwa 25 Prozent der weiblichen Kontaktpartner “bereits vorher wegen Asozialität oder anderer Delikte der allgemeinen Kriminalität angefallen” waren.¹⁶ Bei den gehandelten Gegenständen handelte es sich dabei, einer im MfS-Bericht enthaltenen Aufstellung zufolge, um “Krügerrandmünzen, Währungen verschiedener Länder, Gold- und Brillantschmuck, technische [...] Geräte, Quarzuhren, Bekleidung, Industriesilber und Briefmarken...”¹⁷ Nach den Beobachtungen des MfS missbrauchten die “Ausländer” in vielen Fällen die “großzügigen Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen” der DDR.¹⁸ Sie verfügten oftmals über “keinen tatsächlichen Wohnsitz und keine geregelte Arbeit” und unterhielten in der DDR-Hauptstadt enge Beziehungen zu DDR-Bürgerinnen mit denen sie in teilweise eheähnlichen Verhältnissen und vielfach “faktisch auf Kosten sozialer Errungenschaften der DDR-Bevölkerung” zusammenlebten.¹⁹ Dabei verfügten sie auch über “Mittel [...], die durch Straftaten in Westberlin oder in der DDR direkt oder indirekt” beschafft worden seien.²⁰ Bei den Ausländern handelte es sich nach MfS-Erkenntnissen in erster Linie um Türken, Jugoslawen, Italiener sowie “Araber der verschiedensten Staaten”.²¹ Außerdem seien “in den letzten Monaten” (Sommer 1978) verstärkt Pakistaner festgestellt worden.²²

Konkret liefen die Vorgänge nach MfS-Angaben folgendermaßen ab: Die betreffenden “ausländischen Bürger” suchten die genannten Gaststätten am Alexanderplatz meist schon vormittags auf und tätigten Spekulationsgeschäfte mit DDR-Bürgern, Polen, aber auch untereinander.²³ Nachmittags sei dann der Andrang so groß, dass “andere Bürger keinen Platz” mehr bekämen. Täglich hielten sich vor den Gaststätten “weitere Personen” auf und warteten darauf, von Ausländern angesprochen zu werden.²⁴ Nur “bei ungünstigen Wetterbedingungen” suchten die DDR-Bürgerinnen die Gaststätten und Cafés selbst auf und knüpften “entsprechende Kontakte”.²⁵ Dabei erhielten sie häufig “Kleidungsstücke, kosmetische Erzeugnisse und andere Waren” aus West-Berlin, die häufig “aus Diebstählen stammten”.²⁶ Eine weitere Form solcher Kontakte spielte sich

12 Ebd., S. 330.

13 Wie Anmerkung 2.

14 Wie Anmerkung 10.

15 Ebd. Das Tragen einer Sicherheitsnadel am linken Hosenbein bedeute dabei “Ich bin frei”, die entsprechende Befestigung von zwei Sicherheitsnadeln dagegen “Ich bin besetzt”.

16 Wie Anmerkung 10.

17 Ebd., S.330.

18 MfS-Vorlage (ca. 1978). In: BStU MfS-ZKG 17098, S. 318.

19 Ebd.

20 Ebd.

21 Wie Anmerkung 10, S.327.

22 Ebd.

23 Ebd., S. 329.

24 Ebd.

25 Ebd.

26 Ebd.

innerhalb der Interhotels am Alexanderplatz ab: Bei den weiblichen Personen, die im Bereich der gastronomischen Einrichtungen sowie des Restaurants auf der 37. Etage des Interhotels "Stadt Berlin" verkehrten, handelte es sich nach MfS-Erkenntnissen "um gepflegte Erscheinungen" mit selbstbewußtem Auftreten.²⁷ Diese wählten ihre Kontaktpartner, meist Bundesdeutsche oder West-Berliner, selbst aus und erwarteten "für die Gewährung intimer Kontakte Devisen bzw. wertintensive Geschenke".²⁸ Dies gelte besonders für Wochenenden, an denen "weibliche Personen aus anderen Bezirken der DDR, aber auch polnische Bürgerinnen im genannten Hotel Zimmer" mieteten und diese mit im Hotel nicht zur Anmeldung gekommenen Kontaktpartnern aus dem NSA (*nichtsozialistisches Ausland, T.W.*) aufsuchten.²⁹ Eine ähnliche Situation sei in den Interhotels "Berolina" und "Unter den Linden" zu beobachten, jedoch sei hier die Zahl der geknüpften Kontakte nach vorliegenden Erkenntnissen wesentlich geringer. Insgesamt ging das MfS von etwa 400 DDR-Bürgerinnen aus, die seit Beginn des Jahres 1978 in dieser Art im Hotel "Metropol" übernachtet hätten, wobei es sich jedoch hauptsächlich um feste, länger bestehende Beziehungen handele – auch wenn die Frauen "im Besitz von Valutamitteln" waren.³⁰

Die Sorge, die das MfS bei der Beobachtung und Analyse dieser Erscheinungen umtrieb, betraf nicht nur die Konsequenzen für das Bild der Hauptstadt der DDR bei den DDR-Bürgern bzw. deren "Verständnis für die Politik der Weltoffenheit", sondern auch wesentlich konkretere Probleme: Vor allem die Furcht vor "weitere[n] Straftaten" sowie die "umfangreiche Einbeziehung von Bürgern der DDR in negativ-asoziale Verhaltensweisen", aber auch Begleiterscheinungen wie Rauschgiftschmuggel ("zunehmend auf den Abnahmeinteressen bestimmter DDR-Bürger begründet") und Bandenkriege wurden als potenzielle Gefahr erkannt.³¹

Einen ähnlichen Hintergrund hatten wahrscheinlich auch Vorgänge, die durch das MfS am Grenzübergang Friedrichstraße beobachtet wurden. An diesem "Konzentrationspunkt des Ein- und Ausreiseverkehrs für ausländische Bürger" reisten 1978 täglich etwa 1 500 bis 2 000 Menschen in die DDR ein. Ein großer Teil davon waren wiederum "Ausländer". Von diesen wiederum umgingen viele die restriktiven Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen der DDR mit einem simplen Trick: Sie reisten zum letztmöglichen Zeitpunkt (kurz vor 0.00 Uhr) aus Ost-Berlin aus und zum erstmöglichen (etwas später) wieder ein und erschlossen sich damit die "Möglichkeit, praktisch ständig in der Hauptstadt ihren Aufenthalt zu nehmen".³² In vielen Fällen wurden sie dabei wiederum von weiblichen DDR-Bürgern begleitet, "die", so das MfS, "dann in der näheren Umgebung warten, bis der Kontaktpartner wieder eingereist ist".³³ Insgesamt betraf das an Wochenenden täglich etwa 300 - 600 Ausländer und etwa 100 - 200 DDR-Bürgerinnen.³⁴ Trotz des rigiden Grenzschutzsystems und des ausgefeilten Überwachungsapparats konnten die DDR-Behörden nur wenig tun. Gegenmaßnahmen der Transportpolizei führten lediglich zur Zerstreung der "Konzentration" am Bahnhof Friedrichstraße "auf verschiedenste andere Warte- und Treffpunkte".³⁵ Von den 78 DDR-Bürgern mit "Kontakten zu ausländischen Personen", die 1978 auf diese Weise durch die Transportpolizei erfasst wurden, waren nur vier männlich und 54

27 Ebd.

28 Ebd.

29 Ebd.

30 Ebd.

31 Wie Anmerkung 18, S. 319.

32 Wie Anmerkung 10, S. 327.

33 Ebd.

34 Ebd.

35 Ebd., S. 328.

minderjährig.³⁶ Die Sorge der Behörden galt dabei wiederum vor allem der Tatsache, dass ein Teil der auf solche Art eingereisten Personen “keiner geregelten beruflichen Tätigkeit” nachging, teilweise “nicht einmal eine Genehmigung zum Aufenthalt in Westberlin” hatte und seinen “Lebensunterhalt durch Gelegenheitsarbeit oder Spekulationsgeschäfte, Diebstahlhandlungen in Westberlin und andere kriminelle Handlungen” bestritt.³⁷ Auf welche Weise das MfS an solche Informationen gelangte, blieb dabei zweifelhaft. Da die Informationsmöglichkeiten des DDR-Geheimdienstes hinsichtlich der konkreten Lebensverhältnisse dieser Besucher in West-Berlin naturgemäß begrenzt sein mussten, bleiben als wahrscheinliche Quelle nur inoffizielle Mitarbeiter unter den DDR-Prostituierten selbst übrig. Sicher war nur, dass sich von den 46 Ermittlungsverfahren, die in den ersten sieben Monaten des Jahres 1978 durch die Zollverwaltung in Ost-Berlin bearbeitet wurden, weit über die Hälfte, 29, gegen türkische, syrische, polnische und libanesische Staatsangehörige richteten und “Spekulationshandlungen” mit “Krügerrandmünzen, Währungen verschiedener Länder, Gold- und Brillantschmuck, technischen Geräten, Quarzuhren, Industriesilber und Briefmarken ...” betrafen.³⁸ Die ermittelte Schadenssumme betrug dabei 10,9 Millionen DM.³⁹

Ein großer Teil der beobachteten Vorgänge bewegte sich nach MfS-Informationen “unterhalb der strafrechtlich relevanten Schwelle im Latenzbereich” und sei deshalb schwer nachzuweisen.⁴⁰ Neben den bereits genannten Gefahren befürchtete das MfS auch “Möglichkeiten einer Tatortverlagerung” bei “Anschlägen gegen progressive oder rivalisierende Ausländer” und damit letztlich den Import von Terrorismus.⁴¹ Außerdem würden sowohl die Transitstrecken von den Grenzübergangsstellen im Süden der DDR als auch der Flughafen Berlin-Schönefeld zunehmend für den Rauschgiftschmuggel benutzt.⁴²

Aber nicht nur die Möglichkeit von Reisen von und nach West-Berlin machte “Ausländer” für das MfS verdächtig, sondern auch ihr vielfach “starker Zusammenhalt” auf dem Territorium der DDR. “Es ist praktisch nachgewiesen”, wie es ein MfS-Bericht zusammenfasste, “daß es Organisationen ausländischer Studierender in der DDR gelang, in der Zeit von 24 bis 36 Stunden nahezu alle auf dem Territorium der DDR wohnhaften Studenten ihres Landes zu Meetings oder anderen Aktionen an zentralen Orten zusammenzuführen.”⁴³ Diese Befürchtungen waren seitens des MfS schon seit Jahren geäußert worden.⁴⁴ Daneben rückten Ausländer auch bei der Kontrolle der Transitwege von und nach West-Berlin einschließlich des Flughafens Berlin-Schönefeld ins Blickfeld: Diese Routen würden von vielen benutzt, die “unter den derzeitigen Bedingungen keine Aufenthaltserlaubnis für Westberlin erhalten würden” bzw. “einer sofortigen Zurückweisung rechnen müßten”.⁴⁵ Sie seien dazu vielfach unter der “Vorspiegelung der Hoffnung” verleitet worden, in West-Berlin “geregelte Arbeit” zu finden.⁴⁶ Damit wurde die DDR – lange vor der Krise um tamilische Asylanten in den

36 Ebd.

37 Wie Anmerkung 10.

38 Ebd., S. 330.

39 Ebd.

40 Wie Anmerkung 18.

41 Ebd., S. 319.

42 Ebd.

43 Ebd.

44 Diplomarbeit Dudek. In:BSTU MfS JHS MF 540(1965).

45 Wie Anmerkung 41.

46 Ebd..

1980er Jahren – zu einem Mittelpunkt der allgemeinen Migration aus der Dritten in die Erste Welt.

Fazit

Obwohl die DDR-Medien über die schmerzhaften “Grauzonen” der sozialistischen Gesellschaft nicht berichteten, waren Vorgänge wie zum Beispiel Devisenprostitution intern durchaus bekannt. Nahmen sie bzw. ihre Begleitumstände oder Folgen einen auf längere Sicht bedrohlichen Charakter an, beispielsweise durch “reißerische” Berichterstattung in bundesdeutschen oder anderen westlichen Medien, wurden sie zum Gegenstand der Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden und eventuelle Gegenmaßnahmen zumindest ins Auge gefasst. Dabei scheint allerdings die Mentalität vorgeherrscht zu haben, dass gegen weit verbreitete Phänomene, wie eben Prostitution der geschilderten Art, ohne schwerwiegenden Schaden für das “internationale Ansehen” der DDR – eine besonders seit dem Beginn der Entspannungspolitik ständig auftauchende Besorgnis – nur relativ wenig unternommen werden konnte. Da die Ursache dieser Vorgänge letztlich in der Existenz zweier völlig unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Systeme lag, von denen eines – nämlich jenes der DDR – in beiden Hinsichten über erheblich geringere Attraktivität verfügte, was aber zu diesem Zeitpunkt (1978) vom SED-Staat weder intern noch öffentlich zugegeben werden konnte, setzte sich letztendlich die Haltung einer stillschweigenden Akzeptanz durch, die im Grunde bis zum Ende der DDR anhielt. “Antagonistische Widersprüche”, sonst von den SED-Propagandisten so gern der “kapitalistischen” Gesellschaft des Westens zugeschrieben, waren dem DDR-System keineswegs fremd.